

# **Wahlaufruf 2019**

## **Katharina Prelicz-Huber in den Nationalrat**

### **Nationalratswahlen vom 20. Oktober 2019**

## **Die Klimakatastrophe verhindern – für ein Leben in Würde für alle!**

### **Die Klimakrise bedroht unsere Lebensgrundlagen**

Die globale Klimaerwärmung entwickelt sich schneller und stärker als bisher angenommen und bedroht die Länder der Welt existentiell – auch mit sozialpolitischen Problemen. Ein Leben in Würde wird für viele Menschen nicht mehr möglich sein, weil ein Tsunami, eine Dürreperiode, Überschwemmungen oder Erdbeben die Existenzgrundlage in der Heimat zerstört hat. Die mit der Klimaveränderung verbundene Erhöhung des Meeresspiegels hat schon und wird weiter ganze Landstriche und Küstenregionen überschwemmen. Also, um es mit holländischem schwarzem Humor auszudrücken: „Besuchen Sie Holland, solange es Holland noch gibt.“ Damit verbunden sind die persönlichen Katastrophen für Millionen von Menschen und die gigantischen Flüchtlingsströme bis in die Schweiz. Die Trinkwasser-Knappheit wird sich zuspitzen und hat im letzten Sommer auch die Schweiz erreicht. Der Mythos vom Wasserschloss Europa schwindet und die grossartige Biodiversität, eine der Grundlagen des Lebens auf der Erde, ist in akuter Gefahr.

### **Es braucht griffige Massnahmen zum Klimaschutz**

Wir können nicht länger warten! Es braucht griffige Klimaschutz-Massnahmen. Jetzt und auf allen Ebenen! Dazu gehört in erster Priorität der rasche Ausstieg aus fossilen Energieträgern, die Förderung erneuerbarer Energiequellen und der Ausstieg aus klimaschädlichen Investitionen. Dazu gehört die 2000Watt-Gesellschaft bzw. die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens sowie als erstes eine wirksame CO<sub>2</sub>-Abgabe. Das Nationalstrassenprogramm, das sämtliche klimapolitischen Ziele zunichtemacht, ist zurückzuweisen. Es gilt, den öffentlichen Verkehr zu fördern, u.a. mit Aufstockung der Nachtzüge. Dafür ist das Fliegen massiv stärker zu besteuern und die Gletscher-Initiative<sup>1</sup> zu unterstützen. Das Wasser und der Zugang zu Trinkwasser für alle sind ein Grundrecht und ein öffentliches Gut. Sie gehören in die öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle und Steuerung. Privatisierung und Gewinnbeteiligung von Privaten haben keine Berechtigung.

Last but not least ist darauf zu achten, dass alle Klimamassnahmen sozialverträglich ausgestaltet werden. Wo die ärmeren Bevölkerungsteile aufgrund von Klimamassnahmen wirtschaftlich belastet werden, ist ein Ausgleich über die Sozialversicherungen vorzusehen (Idee einer „ökologischen Ergänzungsleistung“).

### **Der Umbau in eine soziale und ökologische Wirtschaft ist möglich**

Wir erleben zurzeit einen zügellosen Raubtierkapitalismus mit einer massiv geöffneten Schere zwischen Arm und Reich – hier und weltweit: Die 1% Reichsten besitzen mehr Vermögen als die restlichen 99%<sup>2</sup> zusammen. Die Löhne der unteren und mittleren Einkommen sind in Relation zu den gestiegenen Lebenshaltungskosten stagniert oder gesunken, die Saläre der 1% Top-Verdienenden aber um 40%<sup>3</sup> gestiegen. 1,2 Mio Menschen in der Schweiz sind armutsgefährdet<sup>4</sup>, während die 300 Reichsten in der Schweiz

---

<sup>1</sup> Die Initiative will verbindlich in der Verfassung festschreiben, dass in der Schweiz ab 2050 kein fossiler Kohlenstoff mehr in Verkehr gebracht werden darf

<sup>2</sup> <https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/economy-the-99-percent>

<sup>3</sup> SGB-Verteilungsbericht, 2016, 2017, 2018

<sup>4</sup> <https://www.caritas.ch/de/was-wir-sagen/zahlen-und-fakten/armut-in-der-schweiz.html>

über 675 Mia. Franken<sup>5</sup> besitzen, was ungefähr der Wirtschaftsleistung der Schweiz pro Jahr entspricht! Diese Superreichen allein könnten die von der UNO geforderten 120 Mia. Dollar für die Bekämpfung der absoluten weltweiten Armut bezahlen. Es liegt also nicht am fehlenden Geld sondern an der Verteilung. Dahinter steht eine sogenannte bürgerliche Politik, die mittels gezielter Lohn-, Steuer-, Kürzungs- und Privatisierungspolitik eine ungeheuerliche Umverteilung zugunsten der Reichsten und einen drastischen Abbau des Service Public und der Sozialen Sicherung vorantreibt.

Das Ziel der nachhaltigen, ressourcenschonenden Wirtschaft muss sein, eine faire Existenz und gute Arbeitsbedingungen für alle zu ermöglichen. In der reichen Schweiz ist ein Leben in Würde für alle möglich, auch für Betagte, Beeinträchtigte, Sozialhilfeempfänger\*innen. Es braucht faire (internationale) Handelsbeziehungen ohne Ausbeutung der Entwicklungsländer, des Service Public, der Arbeitnehmenden im Allgemeinen und der Frauen im Besonderen sowie der natürlichen Ressourcen. Der Umbau in eine Grüne Wirtschaft ist möglich. Die ILO-Studie<sup>6</sup> zeigt klar, dass wir mit Sonnen-, Wind- und wo vorhanden Wasserenergie die Wende und erst noch neue, menschenwürdige Arbeitsplätze schaffen können. Dazu braucht es faire, progressive Steuern ohne Privilegien für Reiche und Grosskonzerne, denn gerade sie profitieren vom hochstehenden Service Public.

### **Gleichstellung JETZT!**

Wir Frauen haben genug! Seit zwei Generationen ist die Gleichstellung in der Verfassung verankert, aber mit der Umsetzung harzt es bedenklich. Lohnungleichheit, tiefere Renten, mehr Armut, Diskriminierung, Sexismus und sexuelle Belästigung, Gewalt, viel weniger Macht und ungleiche Verteilung von Care-Arbeit, ungenügende Vertretung im Kader und in der Politik sind nur einige Gründe, warum wir zum Frauen\*streik 2019 aufriefen. Wir fordern Gleichstellung in allen Bereichen JETZT. Lust-, kraft- und wirkungsvoll zeigten weit über 500'000 Frauen und solidarische Männer am 14. Juni 2019: Wenn Frau will, steht alles still. Und das war erst der Anfang!

Es braucht eine Neudefinition der Arbeit. Auch die meist von Frauen gratis verrichtete Erziehung, Haushalt und Betreuung ist eine grundlegend wichtige Arbeit, ohne die Gesellschaft und Wirtschaft nicht funktionieren könnten. Diese Care-Arbeit muss anerkannt, auf Mann und Frau verteilt und Formen der Entschädigung überlegt werden. Zur Vereinbarkeit von Familie, Sozialleben und Beruf muss die Erwerbsarbeit deutlich reduziert werden und es müssen genügend qualitativ gute und finanzierbare Betreuungsangebote für Kinder und ältere, hilfsbedürftige Menschen zur Verfügung stehen. Es braucht einen längeren Mutterschaftsurlaub, einen Vater- bzw. Elternurlaub sowie genügend Freitage im Fall von kranken Kindern und Familienangehörigen.

Wir wollen Lohngleichheit, mehr Lohn und eine Aufwertung der „Frauenberufe“. Und selbstverständlich gehört die bezahlte Hausarbeit anständig entlohnt und unter das Arbeitsgesetz. Wir fordern Sozialversicherungen und Renten, welche die Existenz und ein Leben in Würde sichern, ohne das Rentenalter zu erhöhen.

---

<sup>5</sup> <https://www.bilanz.ch/people/300-reichste/300-reichste-nur-ein-bisschen-reicher>

<sup>6</sup> ILO-Bericht, Arbeit in Zeiten des Klimawandels: Die Grüne Initiative, 2017

## **Gegen den giftigen Klimawandel in der Gesellschaft**

Ein Leben in Würde mit gesicherter Existenz und ohne Gewalt, gleiche Chancen, Beteiligungsmöglichkeiten, Demokratie und Menschenrechte gelten für alle, egal wo auf der Welt, ob Frau, Mann oder Queer, unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, Aufenthaltsstatus, Herkunft und Konfession. Basis dafür ist in entscheidendem Mass ein starker Service Public, der allen Zugang gewährt zu einer guten Bildung, einem guten Gesundheitssystem mit Krankenkassen-Prämien von max. 10% des Haushaltsbudgets, zu Kitas, Betagten- und Betreuungseinrichtungen, zu guten Sozialversicherungen und Rechtssicherheit, zu erschwinglichem Wohnraum, Grünraum, Energie und Wasser, zu Kommunikation, öffentlichem Verkehr und Kultur.

Demokratie und Menschenrechte sind akut gefährdet. Neofaschistische oder rechtspopulistische Strömungen und Hetze gegen Ausländer\*innen, Geflüchtete und Andersdenkende sind in Europa wieder weit verbreitet oder sogar an der Macht. Auch in der Schweiz sind diese menschenverachtenden politischen Haltungen bis weit in die Mitte wieder salonfähig geworden. Es gilt, die Errungenschaften von Demokratie und Menschenrechten entschlossen zu verteidigen und vorwärts zu bringen. Eine vielfältige, offene und multikulturelle Gesellschaft ist eine Bereicherung. Statt den neoliberalen und rechtspopulistischen Klimawandel in der Gesellschaft wachsen zu lassen, der Ausgrenzung und soziale Ungerechtigkeit zulässt, braucht es wieder ein Bekenntnis zur Präambel in der Bundesverfassung, dass „das Wohl der Gesellschaft sich misst am Umgang mit den Schwachen“. Solidarität hilft uns allen. Dazu gehört die Beteiligungsmöglichkeit aller an der Entwicklung des Gemeinwesens, auch der Kinder und Jugendlichen sowie das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer\*innen. Dazu gehört eine geregelte Personenfreizügigkeit für alle, denn die Niederlassungsfreiheit ist ein Menschenrecht. So braucht es ein sozial und ökologisch verträgliches Rahmenabkommen mit der EU, das die Lohnschutzmassnahmen garantiert und der Ausbeutung und Diskriminierung eine Absage erteilt.

## **Zur Person**

Der Nationalrat muss grüner, sozialer und weiblicher werden!

Meine Mitarbeitenden in Beruf und Politik erfahren mich als dossierfest und glaubwürdig. Als Professorin für Soziale Arbeit, als VPOD-Präsidentin sowie als Mitglied des Präsidialausschusses des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB-PA, der Schweizer ILO-Delegation, des Leitungsausschusses von TA-Swiss und der eidgenössischen AHV/VI-Kommission bin ich gut vernetzt und kann daher in diesen Institutionen und Gremien grüne Ideen einbringen, als Teampayerin aber ebenso Ideen aus der Bevölkerung. Ich erfahre mich als verhandlungsstark und hartnäckig. Deshalb kann ich eingebrachte Vorschläge auch durchbringen und gescheitete Kompromisse erreichen. Beispiele für gelungene Eingaben sind die Möglichkeit der Mitbestimmung und die breiten Studiums-Möglichkeiten in der Hochschulförderung, die Stiefkind-Adoption, existenzsichernde städtische Stipendien auch mit Familie oder die TiSA-freie Zone Stadt Zürich.

Ich freue mich auf einen lustvollen und starken Wahlkampf!